

V0775/22

Gründung eines Klimabeirats
(Referentin: Bürgermeisterin Petra Kleine)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 29.11.2022

Diese Beschlussvorlage sei der Vollzug eines bestehenden Stadtratbeschlusses, informiert Bürgermeisterin Kleine. Im Juni hatte man zusammen mit dem Klimakonzept beschlossen, einen Klimabeirat einzurichten. Für die Besetzung des Klimabeirates habe die Verwaltung nun einen Besetzungsvorschlag sowie eine Satzung vorgelegt.

Stadtrat Dr. Meyer bezieht sich auf Pararaph 2 der Satzung. Nach dem neuen Konzept, das es nun in Ingolstadt geben soll, sollen unter anderem 6 Persönlichkeiten nach dem Losverfahren ein Mitspracherecht bekommen. Hierzu möchte er in Erfahrung bringen, in welchem Zusammenhang dies stehe und künftig geplant werde.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, dass dieses Konzept in Zusammenhang mit der Idee stehe, künftig auch Bevölkerungsgruppen in die Beteiligung und in das Engagement miteinzubringen, welche sich nicht per se ohnehin schon intensiv demokratisch beteiligen. In Ingolstadt herrsche eine intensive Beteiligungskultur durch die Bezirksausschüsse, was gegenüber anderen Städten sehr positiv sei. Trotzdem habe man bei all dem Bürgerbeteiligungsverfahren auch immer den Wunsch, Leute zu aktivieren, welche sich klassischerweise nicht beteiligen. Die Verwaltung habe sich Gedanken darüber gemacht, wie man solche Personen einbeziehen könne. Von der Stadtplanung gebe es durchaus Modelle, wie z.B. die sogenannte Planungszelle, welche nach Zufallsprinzip Personen auswählt, die sich dann an einem Bürgergutachten beteiligen können. Dieses Instrument wolle man einsetzen, so Bürgermeisterin Kleine.

Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze prinzipiell die Vorlage der Verwaltung und erachte das von Stadtrat Dr. Meyer angesprochene Konzept als Gewinn einer repräsentativen Bürgerbeteiligung, welches ausprobiert werden sollte, teilt Stadtrat Witty mit. Bei all den neu gegründeten Beiräten gehe es der SPD-Stadtratsfraktion vor allem darum, das in der Stadtgesellschaft existierende Know-How bestmöglichst einzubinden. Die aktuell bestehenden Beiräte seien ihrer Meinung nach noch nicht ganz optimal vernetzt. Die Beiräte an sich bieten dem Stadtrat durchaus die Möglichkeit, eine fundierte Meinung aus der Bürgerschaft zu bekommen, glaubt Stadtrat Witty. Seiner Meinung nach sollte es nicht so sein, dass die Stadträte und die Verwaltung in diesem Gremien dominieren, sondern dass dieses Expertenwissen dann auch wirklich als Beratung dem Stadtrat diene. Im Klimabereich gebe es viele engagierte Gruppen wie "Fridays for Future" und "Ingolstadt Zero", welche federführend beim Thema Bürgerentscheid waren. Weiter möchte Stadtrat Witty in Erfahrung bringen, ob es möglich sei, dass der Klimabeirat über den Etat verfüge, um direkt beschließen zu können, wofür der Klimabeirat diese 25.000 Euro erhalten bzw. ausgeben solle. Außerdem möchte er wissen, ob aus Reihen des Klimabeirates auch Anträge an den Stadtrat herangetragen werden können oder ob diese dann auf Umwege eingereicht werden müssen.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, weshalb man es für sinnvoller erachte, die Entscheidung über die Verwendung der 25.000 Euro über eine Empfehlung des Klimabeirates zu veranlassen. Der Klimabeirat werde einen Vorschlag machen, welchen die Verwaltung dann in entsprechender Weise vollziehe. Dies sei auch der Vorschlag der Stadtratsgruppe DIE

LINKE gewesen. Zudem wolle man auch unbedingt vermeiden, dass der Aktionsfonds und dessen Abwicklung den Großteil der Sitzungszeit bestreite. So könne die Expertise des Klimabeirates für die wesentlichen Themen genutzt werden. Beim Jugendparlament gehe man ähnlich vor. Auf die zweite Frage von Stadtrat Witty, ob der Klimabeirat selbst Anträge stellen könne, antwortet Bürgermeisterin Kleine, dass auch hier wieder Empfehlungen vom Klimabeirat an den Stadtrat gemacht werden sollen. Bezüglich der Arbeitsweise könne Bürgermeisterin Kleine noch nichts Konkretes sagen. Wenn der Klimabeirat für den Klimaschutz in Ingolstadt mehr wie eine Art "Thinktank" sein soll, dann müsse man anders mit ihm arbeiten als z.B. mit einem Berichtsgremium. Aktuell mache man sich Gedanken über Modelle, wie man ein aktives und kreatives Gremium daraus machen könne, welches nicht nur entgegennehme und ein Echo auf das gebe, was vom Stadtrat oder der Verwaltung vorgeschlagen werde. Dieser Punkt sei nicht ganz leicht zu bewältigen, da es hier im Grunde noch kein Modell gebe und es eher auf ein Experimentierfeld hinaus laufe. Bürgermeisterin Kleine hofft, dass es der Verwaltung gelinge, eine Arbeitsform zu finden, welche die vorhandenen Ressourcen aus der Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft bestmöglichst zusammenbringen. Für sie zähle auch die wichtige Funktion der Transparenz. Es sei schwer nachzuvollziehen, ob man Klimaziele erreicht habe. Deswegen sollte der Klimabeirat das Gremium sein, in welchem hinterfragt und verbessert werden könne. Durch eine offene Arbeitsweise könne man sicher sein, dass die Verwaltung nicht in ihrem eigenen Diskurs gefangen sei, sondern sich auch für andere Diskurse aus dem Alltag oder der Universität öffne. Die Maßnahmen des Klimabeirates sollten in beide Richtungen kompatibel sein und auch mit seinen Mitgliedern eine Multiplikator-Funktion haben.

Die FW-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage in so weit zu, trägt Stadtrat Böttcher vor. Weiter bezieht er sich auf den gestrichenen Punkt 4 der Beschlussvorlage und wirft die Frage auf, ob der Nachhaltigkeits- und Klimabeirat nicht in einem Gremium zusammengefasst werden könne, da es zwischen den beiden Beiräten Überschneidungen gebe. Er vertritt die Ansicht, dass man auch mit einem Beirat unter Umständen zurecht kommen könnte. Ständig neue Beiräte zu gründen, sei auf Dauer etwas zu viel des Guten, betont er.

Es sei ein verständliches Anliegen, dass nicht zu viele Räte und Beiräte gegründet werden sollten, pflichtet Bürgermeisterin Kleine Stadtrat Böttcher bei. Aus diesem Grund gehe man beim Nachhaltigkeitsbeirat nochmals einen Schritt zurück, um sich zu überlegen, was dieser, der im Grunde eine Klammer von vielen verschiedenen Beiräten sei, für eine Funktion übernehmen solle. Beim Klimabeirat halte sie es für wichtig, diesen zum Thema Klimaschutz/Klimaanpassung zu installieren, um sich dort ordentlich sowohl von der wissenschaftlichen als auch von der alltäglichen Expertise zweimal im Jahr beraten lassen zu können. Ob Ingolstadt damit eine aktivierende Bewegung gelungen sei, wolle man selbstverständlich dann auch evaluieren.

Obwohl Stadtrat Achhammer die verschiedenen Beiräte durchaus für sehr fruchtbar empfindet, ist er wie Stadtrat Böttcher auch der Meinung, dass man bei der Gründung von Beiräten nun wieder auf die Bremse drücken sollte. Was das Verlosen von Beiratsmitgliedern betreffe, gerade aus der Zivilgesellschaft, sehe er positiv und könne er unterstützen. Weiter möchte Stadtrat Achhammer wissen, ob hinter dem Paragraph 4 Absatz 2 "Leitung des Geschäftsbereiches Zuständigkeit Klima und Umwelt" Frau Bürgermeisterin Kleine als Vorsitz gemeint sei.

Bürgermeisterin Kleine bejaht dies und erläutert, dass der Klimabeirat über ihre Amtszeit hinaus weiter existieren soll. Deswegen habe man diese Formulierung gewählt.

Stadtrat Pauling bedankt sich, dass der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE Berücksichtigung gefunden hat und der Projektfonds in die Beschlussvorlage mitaufgenommen wurde. Dies sei Ihnen ein großes Anliegen gewesen, gerade um das

zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern. Er hoffe sehr, dass mit diesen Anträgen nicht so umgegangen werde wie mit anderen "Bürgertöpfen". Hier gebe es seitens der Bürger nämlich immer wieder die Kritik, dass es zu lange dauere und zu viel abgelehnt werde. Man sollte im Hinterkopf behalten, dass die Sachen auch wirklich schnell realisiert werden, damit die Leute vielleicht auch noch eine Förderberatung an die Hand bekommen. Stadtrat Pauling glaubt auch, dass dieser Topf erweiterbar sei, wenn man Beratungen anbiete. Es gebe unglaublich viele Stiftungen oder europäische Fonds, die sehr viel Geld haben. Er könne sich vorstellen, dass noch mehr Geld von außen nach Ingolstadt für diese Zweck hereingeholt werde, wenn z.B. Projekte durch kommunale Förderungen wegfallen. So würde sich der Topf um mehrere Punkte erweitern lassen. Dafür müssen die Leute allerdings grob wissen, wie das funktioniere. Voraussetzung sei selbstverständlich die Hinterlegung einer Beratungskapazität. Was das Losverfahren betreffe, möchte die Stadtratsgruppe DIE LINKE stark unterstreichen, dass bei einer Bürgerbeteiligung auch immer das Problem bestehe, dass Eliten gefördert werden. Wenn man mit offenem Auge durch die Beteiligungsverfahren gehe, werde man merken, dass dies eigentlich ein erweiterter Kreis des Stadtrates sei, also meist Bürgerinnen und Bürger, die einer Partei angehören. Da diese meistens schon vernetzt seien und die Möglichkeit besitzen, über ihre Parteien mitzuwirken, bestehe die Gefahr, dass die Spaltung der Gesellschaft durch Bürgerbeteiligung eher größer als kleiner werde. Meist können sich das nur Leute leisten, die gut sprechen können, über die Zeit und das Geld verfügen, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, betont Stadtrat Pauling. Wenn das Losverfahren den Zweck erfüllen soll, eine Spaltung zu verhindern, sollte man explizit auch marginalisierte Gruppen mit in das Losverfahren nehmen. Meistens betreffe das Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen mit geringem Einkommen oder Menschen, die die Sprache nicht gut beherrschen und in anderen Wohnsituationen leben. Vielleicht wäre es sinnvoll, hier eine Liste von solchen Bürgerinnen und Bürgern zu erstellen, aus denen zu lösen und dann zu rotieren, schlägt Stadtrat Pauling vor. Alternativ könne er sich auch vorstellen, Netzwerkakteure aus Leuten auszuwählen, welche zwar eine große Reichweite in marginalen Gruppen haben, aber nicht direkt mit dem Klimaschutz zusammenhängen. Die muslimische Gemeinde oder andere Kirchen wären bestimmt bereit, hier teilzunehmen. Darüber sollte man sich beim Losverfahren nochmal Gedanken machen. Ansonsten freue man sich sehr über die Sitzungsvorlage und könne dieser zustimmen, führt Stadtrat Pauling aus.

Stadtrat Bannert sagt, er finde es sehr schade, dass Punkt 4 der Sitzungsvorlage abgesetzt worden sei. An dieser Stelle hätte man über das Thema Gründung von Beiräten nochmals diskutieren können. Denn auch er könne seinem Vorredner Stadtrat Böttcher nur zustimmen. Weiter erkundigt er sich, falls dem Klimabeirat zugestimmt werde, ob dies dann nur für diese Legislaturperiode gelte oder auch darüber hinaus. Denn er wolle nicht dem neuen Stadtrat diesen Klimabeirat aufzwingen. Der neue Stadtrat sollte selbst entscheiden dürfen, ob er diesen für notwendig halte oder nicht. Hinsichtlich der 25.000 Euro Förderung für Projekte aus der Zivilgesellschaft, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung tue sich Stadtrat Bannert schwer zu verstehen, wie dies gehandelt werden soll.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, dass der Klimabeirat beschlossen werde und die Klimaräte dann bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Amt seien. Der neue Stadtrat müsse die personelle Besetzung nicht übernehmen, sondern könne neue Mitglieder in diesen Klimabeirat berufen. Bezüglich der Projektfonds erklärt sie, dass die Summe von 25.000 Euro nicht nur für ein Projekt gelte, sondern als zweckgebundene Aktionsfonds für Maßnahmen zur Verfügung stehen, die nachweislich die Klimaschutzziele unterstützen und dazu beitragen, diese umzusetzen. Dies könne z.B. auch nur ein kleiner Betrag von 200 Euro für eine Aktionsgruppe sein, um Infoblätter drucken zu können. Die administrative Verwaltung soll in der Obhut der Stadtverwaltung bleiben. Der Klimabeirat dürfe Empfehlungen an die Verwaltung geben.

Stadtrat Bannert betont, dass er nicht möchte, dass der Klimabeirat über diese Legislaturperiode hinaus bestehe. Er werde hierzu bis zur Sitzung des Stadtrates am 08.12.

einen Ergänzungsantrag stellen. Der neue Stadtrat solle eigenständig darüber bestimmen können, ob ein Klimabeirat gebraucht werde oder nicht.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet, er könne gerne einen Änderungsantrag stellen, der darauf hinauslaufe, dass die Dauer oder die Einrichtung des Klimabeirats nur bis 2026, bis zur nächsten Kommunalwahl dauere. Ansonsten sei der Stadtrat immer frei, Beiräte oder Räte zu gründen oder wieder abzuschaffen. Das könne er jederzeit machen, auch während der Amtsperiode, weist er daraufhin.

Stadtrat Bannert stellt klar, dass er gar nicht gegen die Einrichtung des Klimabeirates sei. Er halte es jedoch für sinnvoll, dem neuen Stadtrat einen Erfahrungsbericht zur Verfügung zu stellen, damit in der neuen Legislaturperiode selbst eine Entscheidung treffen könne. Weiter bittet er darum, den Antrag zurück in die Fraktionen zu geben. Bei Bedarf, falls der Wunsch von seiner Fraktion bestehe, werde man einen Änderungsantrag stellen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass die heutige Ausschusssitzung nur ein vorberatendes Votum sei. Dies bedeute, dass nächste Woche ohnehin noch in der Fraktionssitzung darüber diskutiert werden könne.

Der Antrag der Verwaltung wird zurück in die Fraktionen verwiesen.